

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Neblanzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 100

Stolp, Freitag, den 30. April 1926

50. Jahrgang

Die Not der deutschen Bauern.

Landtagsrede des Abgeordneten Gustav-Wenzlaff-Sageritz, Kreis Stolp.

Unser deutschnationaler Landtagsabgeordneter Gustav Wenzlaff-Sageritz hielt am 27. d. Mts. im Preussischen Landtag zum Landwirtschaftshaushalt die nachfolgende außerordentliche beachtenswerte Rede:

Die Sozialdemokratie beurteilt die ganze Landarbeiterfrage falsch. Ich bezweifle die Echtheit ihrer Angaben sehr stark. Im übrigen möchte ich eine Erklärung vorlesen von pommerischen Arbeitern, die nicht auf solchen Ton gestimmt ist. Hier heißt es von einer Versammlung der pommerischen Arbeitervertreter in Stettin:

„Der Kreisvertretertag der Arbeitergruppe des pommerischen Landbundes hat vor kurzem eine Entschliessung gefaßt, in der es unter anderem heißt: Angesichts der ungeheuren Not unseres Volkes rufen wir allen Volksgenossen zu: Ueberwindet den Massenagitt und Parteihader auch im Wirtschaftsleben, denkt daran, daß jeder Einzelne das Notwendigste zum Leben haben muß, verzichtet auf übermäßigen Verdienst, damit den Notleidenden geholfen werden kann, denkt an die Not unseres Volkes auch beim Verbrauch, gebraucht die geringen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, beim Einkauf für das Nötigste, meidet den Luxus, meidet den Alkohol, denkt daran, daß die nationale Wirtschaft gehoben werden muß, damit jeder Deutsche Arbeit und Verdienst hat, weist ausländische Waren zurück, tragt unser Geld nicht ins Ausland.“ (Dravo! bei der D.-nat. V.-V.)

Das sind pommerische Arbeiter, die so reden. Das ist ein ganz anderer Ton, als ihn der Herr Vorredner angeschlagen hat.

Nun möchte ich auf die Not der Bauern eingehen, die mir, da ich selbst Bauer bin, am nächsten liegt, und zwar der Bauern in den Ostprovinzen, aus den Gegenden mit Kartoffel- und Roggenboden. Dort ist die Not eigentlich am größten. Die Bauern dieser Gegenden sind auch besonders in Schulden gekommen, weil sie der Aufforderung, die Produktion durch Anwendung künstlicher Düngemittel zu heben, nachgekommen sind, diese künstlichen Düngemittel aber nicht aus der letzten Ernte bezahlen konnten. Sie haben Wechselschulden machen müssen, und da die Ernte nicht einmal für die Umerhaltung der Wirtschaft ausreichte, haben sie noch immer Geld borgen müssen, um die Zinsen bezahlen zu können. Der Herr Minister hat ja schon über die Hebung des Roggenpreises gesprochen. Der Roggen ist eben bei diesen Preisen nicht zu bauen. Er war zeitweise bei uns überhaupt nicht zu verkaufen, und wenn man ihn verkaufen konnte, dann konnte man nicht einmal die Produktionskosten erzielen. Bei den Kartoffeln ist es genau so.

In Pommern liegen heute noch 2 Millionen Zentner Kartoffeln, die nicht zu verwerten sind.

Sie sind teilweise eingesäuert oder in Trockenfabriken und Brennereien verarbeitet worden, soweit es möglich war. Die häuerlichen Besitzer haben sie aber verputtern müssen und haben sich das Vieh krank gefuttern. Früher haben wir unsere Kartoffeln nach dem Ruhrgebiet gebracht. Heute ist das nicht mehr möglich, weil die Frucht von Hinterpommern nach dem Ruhrgebiet so teuer ist, daß die Kartoffeln nicht einmal gekauft werden würden, wenn wir sie umsonst abgaben. Deshalb werden wir in Zukunft also unsere Kartoffeln überhaupt nicht mehr los werden.

Die Steuern und die sozialen Lasten sind bei uns genau so hoch wie bei den anderen Berufsständen. Die sozialen Lasten sind gegenüber der Vorkriegszeit um 230—350 Prozent, und die Steuern noch viel mehr gestiegen. Das Schlimme ist bei uns kleinen Bauern, daß wir die Steuern im voraus bezahlen müssen; wir müssen die Ertragsteuer und die Vermögenssteuer im voraus zahlen, während das Vermögen heute ja gar nicht mehr so groß ist, wie wir es versteuern müssen. Und dadurch, daß wir Vorauszahlungen leisten müssen, wird die Selbstnappheit immer größer. Den kleinen, den nichtbuchführenden Landwirten werden sogenannte Rußerträge errechnet. Ein Landwirt, der Buch führt, kann nachweisen, daß sein Betrieb nicht mehr erbringt. Ich bin selbst einmal auf dem Landesfinanzamt als Sachverständiger und Beisitzer gewesen; da sagte mir der Oberregierungsrat: ja, Sie können nicht rechnen, ein Ertrag muß bleiben. Der nicht buchführende Landwirt muß also einen Ertrag versteuern, selbst wenn er gar keinen hat.

Dann die Sondersteuern der Bauern!

Der Herr Vorredner hat ja auch schon erwähnt, daß die Landarbeiterfrau versteuert werden muß. Die Bauern haben aber vor allen anderen Berufen eine Sondersteuer, denn bei ihnen werden die Frau und die schulfähigen Kinder zur Einkommensteuer veranlagt. Keinem Arbeiter, keinem Angestellten, keinem Beamten wird die Frau auf das Einkommen angerechnet, während sie dem Bauern als eine volle Landarbeiterin mit einem Verdienst von mindestens 500 M angerechnet wird. Das ist doch ungerecht! Sollte die Bauernfrau wirklich als Hausfrau so wenig zu tun haben, daß sie noch den vollen Ertrag einer Landarbeiterin verdienen kann? Sie hat doch auch ihr Hauswesen, ihre Kinder und das Essen zu besorgen, wie jede andere Hausfrau. Daß also die Bauernfrau mitversteuert werden muß, ist ein Unrecht. Ebenso ist es ungerecht, daß auch die Kinder mitherangezogen werden. Jeder Lehrling ist in gewerblichen Betrieben steuerfrei, während die Kinder bei den Bauern doch in den ersten Jahren auch lernen müssen.

Es ist ja nun ein Steuerabbau erfolgt: Die Luxussteuer ist ganz abgebaut und die Umsatzsteuer ist ermäßigt worden. Aber der Reichsfinanzminister hat selber gesagt: „Eigentlich müßten die Realsteuern abgebaut werden; aber da kann ich nicht heran.“ Wenn ein Minister es als notwendig ansieht, daß die Steuern, die die Wirtschaft am meisten bedrücken, abgebaut werden, so müßte er da auch heran können. Nicht die Luxussteuer, die doch die Wirtschaft nicht so sehr berührt, müßte er abbauen, sondern er müßte da mit dem Abbau vorgehen, wo uns die Steuern am meisten drücken.

Und unsere Veranlagung!

Man mag den Ertragswert nehmen, man mag den Verkaufswert nehmen, die Veranlagung ist zu hoch. Der Ertragswert ist heute fast Null, und auch der Verkaufswert ist sehr niedrig. Das sieht man am deutlichsten bei den gerichtlichen Verkäufen. Ich kann Ihnen ein treffendes Beispiel sagen. Im Kreise Lübben, gar nicht sehr weit von Berlin, ist vor einigen Wochen in der Gemeinde Waldow ein Bauernhof verkauft worden. Der Hof ist 115 Morgen groß und ist gerichtlich verkauft worden für 5000 M.

Also Sie sehen, wie billig heute die Grundstücke sind. Der preussische Fiskus hat in Schlesien nur 50 bis 70 M für den Morgen geboten und in Schleswig-Holstein für Boden erster und zweiter Klasse mit Gebäuden und Inventar 200 M. Aber auch die neue Grundwerterschätzung wird wieder sehr hoch sein und mit den Preisen nicht im Einklang stehen. — Sehr drückend werden von uns in den Dörfern und auch von den Bewohnern der kleinen Städte

die Gemeindesteuern

empfinden. Auch die sind sehr hoch, 400 bis 500 Prozent sind gar keine Seltenheit. Ja, oft sind sie noch viel höher. Da müßte es auch eine Aufgabe des Staates sein, eine Ueberwachung eintreten zu lassen, damit die Ausgaben nicht unnötig erhöht werden, denn in Zeiten, in denen es der Wirtschaft so schlecht geht, sollte man auch in den Kommunen keine unnötigen Ausgaben dulden.

Auch die

Volksschullasten

auf dem Lande sind viel höher als in den Städten. In den Städten sind sie deswegen nicht so hoch, weil heute aus den Landesschullasten die sogenannten Stellenbeiträge bezahlt werden. Die werden nicht nach der Einkommensteuer bemessen, sondern nach den Schulstellen, und das ist auch etwas, worunter kleine Gemeinden ganz besonders leiden.

Dann ist hier viel von Krediten die Rede gewesen.

Für den Kleinbauer sind die Kredite ein Krebsgeschwür. Schulden machen in einem Betriebe, der nicht mehr rentabel ist, führt ganz sicher zum Untergang. Aus diesem Grunde sind die Kredite für uns Kleinbauern überhaupt keine Hilfe.

(Der Redner wendet sich dann gegen die landwirtschaftsfeindliche Einstellung des Reichsbankpräsidenten.) Es ist wahr: es war überhaupt kein Geld zu kriegen. Als es aber dem Stickstofffondist schlecht ging, war mit einem Male Geld da. Also man sieht: für die Landwirtschaft hätte der Herr Reichsbankpräsident seine Reichsbank überhaupt nicht aufgemacht.

Wenn Sie heute im Osten durch die Dörfer gehen und die Gebäude der Bauern sehen, so finden Sie, daß die ganze Wirtschaft in einem Niedergang begriffen ist. Die notwendigen Reparaturen können nicht mehr gemacht werden, manches verfällt, notwendige Ergänzungen des Inventars, die manchmal unerlässlich sind, können nicht erfolgen. Ueberhaupt werden die Betriebe unserer Kleinbauern nur noch kümmerlich durch dürftige Lebensführung und größte Sparfamkeit auch auf dem Gebiete der Ernährung — sie müssen sich sehr einschränken — und der Kleidung und durch äußerste Anstrengung bei der Arbeit erhalten. In unseren Betrieben wird heute noch täglich an jedem Wochentage 12 bis 14 Stunden gearbeitet.

Mit allergrößter Sparfamkeit kann man heute noch den Betrieb notdürftig aufrechterhalten, aber man kann keine Anschaffungen machen.

Hier ist viel von Arbeitslosen geredet worden; es geht heute manchem Kleinbauern schlimmer als einem Arbeitslosen! Man fragt sich: was hält unsere Bauern noch im Osten auf den leichteren Sandböden? Ja, das ist die bei uns Bauern wohl stärker als in jedem anderen Berufe ausgeprägte Heimatliebe, die sie an der Scholle festhalten läßt. Das ist es, was den Bauern hält: Vertrauen und Hoffnung. Und unsere Scholle hat uns noch nie betrogen; wenn unser Herrgott seinen Segen gab, hat sie immer ihren Ertrag gebracht und hat unsere Hoffnung nicht enttäuscht.

dennoch sind wir Bauern durch eine landwirtschaftsfeindliche Gesetzgebung um unserer Hände Arbeit gebracht worden.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat im Hauptauschuß, wie auch hier, sehr schöne Worte gefunden, ebenso wie auch der Herr Reichsernährungsminister. Ich möchte aber dem Herrn Minister zurufen: Jetzt möchten wir endlich auch einmal eine Tat sehen! Er muß sich in seinem Kabinett durchsetzen, daß endlich etwas für die Landwirtschaft geschieht, ehe es zu spät ist. In unseren häuerlichen Kreisen im Osten ist die Erregung

sehr groß darüber, daß es den Bauern sehr schlecht geht und sie gar keine Besserung sehen. Die Erregung ist so groß, daß, wenn sie ausbricht — Gott möge es verhüten! — die Bauern wohl nicht vor einem Finanzamt Halt machen, wie die Winzer in Bernkastel. Deshalb bitte ich, sich gerade dieser Leute im besonderen anzunehmen und ihnen zu helfen, damit wir wieder zu einer rentablen Landwirtschaft kommen.

Auch den Siedlern geht es sehr schlecht.

Auch der Herr Minister hat zugegeben, daß sie augenblicklich eigentlich Kostgänger des Staates geworden sind. Nun, wir müssen noch weiter siedeln und wollen auch siedeln; denn es ist eine große Anzahl Flüchtlingsfiedler vorhanden, die noch auf ihre Ansiedlung warten. Siedeln kann man aber doch nur, bei einer rentablen Landwirtschaft, bei einer Zuschußlandwirtschaft ist eine Siedlung unmöglich. Jeder Siedler würde dort verkommen. Deshalb ist die Zeit da, daß der Herr Minister daran denken möchte, Siedlungsland zu kaufen, damit Enteignungen später vermieden werden. Er hat es heute gesagt. Aber ich bitte, so bald wie möglich Siedlungsland zu kaufen, und zwar gerade in unserem Osten. Ich habe hier einen Brief aus Lauenburg in Pommern. Der Mann schreibt, daß der Fiskus ein Vorkaufsrecht hat. Das Gut liegt nicht weit von der polnischen Grenze an der Ostsee. Er hat es angeboten; 4 Monate ist er ohne Antwort geblieben! Er schreibt:

„Man hat es in Berlin abgelehnt. Stets hat man gesagt, es gibt kein Geld. Das bewilligte Geld geht nur nach dem Westen. Warum ist für den Osten nicht auch etwas beantragt? Unsere Grenzlage, die große Gefahr, daß von Polen Grund und Boden erworben wird, scheint oben nicht bekannt zu sein. Es wird so kommen, man wird es später bereuen.“

Hier ist ein Gut in guter Kultur, es sind gute Wiesen da, Moorkultur und schöner Wald, ein Gut, das in jedem Kreis als Domäne und auch als Siedlungsland zu verwenden ist. Es ist schade, daß der Staat solche Güter nicht ankauft. Er schreibt, daß es leicht in polnische Hände übergehen könnte und sich dort andere Leute ansiedeln. Deshalb bitte ich, mit dem Ankauf von Grundstücken zu beginnen, und zwar auch mit kleinen Grundstücken, ähnlich dem, von dem ich vorgelesen habe, wo es sich um einen Bauernhof von 115 Morgen für 5000 M handelt, den heute kein Mensch kaufen will. Das wäre ein schönes Grundstück, um hier einen Flüchtlingsfiedler anzusehen, fix und fertig mit allen Gebäuden. Aber der Staat muß zugreifen, weil nur er das Geld dazu hat.

Dann möchte ich mit ein paar Worten die Anliegersiedlung

streifen. Sie ist im Gesetz vorgesehen und soweit will ich mich mit ihr abfinden. Ich warne aber vor einer Ueberspannung der Anliegersiedlung. Wird sie überspannt, wird sie zu einem Unfuss, das habe ich selbst erfahren. Mit dem Schlagwort, es muß jeder eine volle Adernahrung haben, kann viel Mißbrauch getrieben werden. Wie ist es häufig? Eine arbeitsfähige Familie hat erwachsene Kinder, kann noch Land gebrauchen und meldet sich als Anliegersiedler. 20, 30 Morgen werden ihr zugeteilt. Es dauert kaum 1, 2 Jahre, dann heiraten die Söhne, sie teilen das Grundstück auf, und es ist wieder klein geworden. Dann ist es viel besser, wenn die Söhne neu gesiedelt werden. Deshalb trete ich für die Neu-siedlung ein und für Anliegersiedlung nur in außerordentlichen Fällen. Es kann Fälle geben, wo die Anliegersiedlung notwendig ist, aber sonst kann sie wirklich von Schaden sein. Es sollte auch bei Siedlungen nicht, wie der Herr Minister sagte, jedes Grundstück 50 Morgen groß sein, sondern

Ämtliche Bekanntmachungen.

Heimatmuseum.

Das Heimatmuseum im Neuen Tor ist am Sonntag, den 2. Mai, mittags von 11—1 Uhr geöffnet. In der kommenden Woche ist es (statt am Mittwoch) am **Sonntag**, den 8. Mai von 11—1 Uhr geöffnet.
Stolp, den 29. April 1926.

Die Vorsteherchaft.

Verdingung der Herstellung von etwa 600 lfd. m Zementrohrleitungen auschl. Lieferung der Baustoffe. Verdingungstermin Donnerstag, den 6. Mai, vorm. 11 Uhr im Tiefbauamt, Rathaus, Zimmer 38a, wo auch die Verdingungsunterlagen ausliegen bezw. gegen bestellgeldfreie Einzahlung von M. 3 — abgegeben werden. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Stolp, den 27. April 1926.

Der Magistrat.

Verdingung.

Loos 1. Ausbau der Strippentowstraße,
Loos 2. Ausbau der Waldemar- und Sophienstraße.

Verdingungstermin **Sonntag, den 8. Mai d. Js., vormittags 10 Uhr** bei der Stadtbauverwaltung, Tiefbauabteilung, Rathaus, Zimmer 38a, wo auch die Verdingungsunterlagen ausliegen bezw. gegen bestellgeldfreie Einzahlung von 3,00 Mark für jedes Loos abgegeben werden.

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Stolp, den 27. April 1926

Der Magistrat.

Fuchshochstämme,

reichblühende Sorte mit schönen Kronen, prächtiger Schmuck für Gärten und Grabstätten, preiswert abzugeben.

Stolp, den 27. April 1926

Städt. Gartenverwaltung.
An der Plantage 7.

Schulgelderhebung.

Die für die Monate April und Mai dieses Jahres fälligen Schulgelber — Gymnasium, Oberlyzeum, Knaben- und Mädchenmittelschule — sind innerhalb 3 Tagen an unsere Steuereinnahme zu zahlen.

Bei nicht rechtzeitiger Zahlung tritt Mahnung und nötigenfalls Zwangsbeitreibung ein.

Die nicht unerheblichen Mahn- und Pfändungsgebühren fallen den säumigen Zahlern zur Last.

Zur Entgegennahme der Schulgelber ist unsere Steuerkasse am 3., 4. und 6. Mai auch nachmittags von 3—6 Uhr geöffnet.

Stolp, den 29. April 1926.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am **Sonntag**, den 1. Mai cr. findet kein Koksverkauf statt.

Stolp, den 30. April 1926.

Städtische Werke Akt. Ges.
Abt. Gaswerk.

Die Erhebung der Kanal- und Müllabfuhrgebühren für den Zeitabschnitt April/Juni 1926 findet am 3. Mai dieses Jahres durch die städtischen Vollziehungsbeamten statt.

Wir ersuchen die Hausbesitzer, die zu zahlenden Beträge, wie sie sich aus den Veranlagungsbenachrichtigungen ergeben, bereit zu halten.

Stolp, den 29. April 1926.

Der Magistrat.

Nachruf.

Am 28. April verstarb nach kurzem Krankenlager im Alter von 61 Jahren der städtische Arbeiter

Herr Hermann Grabow.

Seit dem Jahre 1901 war der Verstorbene in unserem Bauamt tätig und hat sich stets durch größte Pfllichttreue ausgezeichnet.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Stolp, den 30. April 1926.

Der Magistrat.



Kinder-Klappwagen

große Auswahl liefert sehr preiswert

Paul Lange, Mittelstr. 46.



Deutschnationaler Volksverein

Stolp Stadt und Land.

Am **Sonntag**, den 2. Mai, abends 8 Uhr im **Schützenhause**

Große nichtöffentliche

Versammlung

Es sprechen:

Reichstagsabgeordneter **Schlange-Schöningen**

Frau Reichstagsabgeordnete **Marie Schott.**

Mitglieder, Parteifreunde und Freunde der nationalen Sache sind hierzu eingeladen.

Eintritt frei!

Deutschnationaler Volksverein Stolp Stadt und Land.

Vom 30. April ab

zeige ich in meinen Schaufenstern
am Kirchplatz

Die neuen Strohhüte.



Walter Wiedenhöft

Spezialhaus für Hüte und Mützen
Stolp i. Pom.

Kirchplatz 9

neben der Post

Gegründet 1879.

Uniformierte

Marinetapelle

stellt Musik zu jeder Festlichkeit
in jeder gewünschten Besetzung zu billigen
Preisen unter Ausschaltung aller Tarife
oder ähnlicher Bevormundung.

Ernst Schoel jun., Geschäftsstelle: Langestr. 52

Grab-Denkmäler

Schwellen und Einfassungen

empfiehlt sehr günstig

Erich Burow

Quebbenstraße, Ecke Wilhelmstraße.

Zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich am 1. Mai

im Hause

Holstenorstraße 4

ein Zweiggeschäft eröffne.

Ich bitte um regen Zuspruch.

Erich Rohde, Stolp i. P.

Bahnhofstraße 4.

Fernspr. 582.

Papier- und Schreibwaren.

Gegründet 1900.

Rudolf Behnk

Maurermeister

Schillerstraße 12.

Tel. 655.

Baugeschäft für Hoch- und Tiefbau

Ausführung von Neu- u. Umbauten

— Reparaturarbeiten —

Versammlung

der Abstinente und ihrer
Freunde

Sonntag, den 2. Mai, nach-

mittags 3 Uhr im Saal des

Jugendheims (Kaffeetafel)

Wir laden herzlich dazu ein.

Stolp, den 30. April 1926.

Botke. Jastrow.

Zwangs- Versteigerung

am 1. Mai 1926, vorm. 10

Uhr in Stolp, Sandberg 1:

1 Büffel, 1 Anrichte,

Weinbrand-Verschnitt,

Kaffee, Papier-u. Schreib-

waren u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen

bar.

Scheunemann,

Ober-Gerichtsvollzieher

Stolp, Umlandstr. 12.

Stadt-Theater

Fernruf 419.

Heute

Freitag, den 30. April

abends 8 Uhr

Abschiedsvorstellung

Ehrenabend für den Direktor

G. W. Brauer

„Madame Butterfly“.

Oper in 3 Akten von

G. Puccini

mit großem Orchester.

Ermäßigte Preise!

Freibank.

Sonntag, vorm. 8 Uhr

Verkauf von rohem

Schweinefleisch

und gekochtem Rindfleisch.

Die Schlachthofdirektion.